

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserationspreis
10 Pf. pro dreispaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 102.

Freitag, den 22. Dezember

1893.

Des Christfestes halber fällt die nächste Dienstagsnummer unseres Blattes aus; dafür erscheint vor dem Feste noch eine Nummer und zwar Sonntag früh. Inserate für diese Sonntagsnummer erbitten wir uns spätestens bis Sonnabend Abend 5 Uhr.

Die Expedition des Wochenblattes für Wilsdruff etc.

Sparkasse zu Wilsdruff.

Im Monat Januar 1894 ist die hiesige Sparkassen-Expedition

jeden Wochentag außer Mittwoch und Hohem Neujahr

geöffnet.

Wilsdruff, am 18. Dezember 1893.

Der Stadtrath.
Fischer, Brgmstr.

Tagesgeschichte.

Nachdem der Reichstag die drei Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien angenommen hat, dürften dieselben wohl demnächst in Kraft treten. Die Zustimmung aller dabei beteiligten Faktoren bleibt allerdings abzuwarten. Sehen wir jedoch die Ertheilung derselben voraus, so würde Deutschland nunmehr acht Handelsverträge abgeschlossen haben, durch welche der deutsche Zolltarif gegen entsprechende Tarifzustände des anderen vertragschließenden Theiles in einer Anzahl von Positionen gebunden oder ermäßigt wird. Vor 1892 hatten wir solcher Verträge vier und zwar mit Italien, Spanien, Griechenland und der Schweiz. Außerdem waren Deutschland in der Verträge mit Rumänien und Serbien einseitige zolltarifische Konzessionen des anderen vertragschließenden Theiles gesichert. Inzwischen bezogen sich diese Konventionaltarife nur auf eine geringe Anzahl von Positionen. Die acht Staaten, auf die mit dem Reich Deutschland nunmehr Konventionaltarife hat, sind mit denen Deutschland nunmehr Konventionaltarife hat, sind Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, Schweiz, Spanien, Rumänien und Griechenland. Was den deutsch-griechischen Vertrag betrifft, so sind die Ratifikationsurkunden für denselben erst am 20. Februar 1885 ausgetauscht worden. zehn Tage nachher ist er in Kraft getreten und da er auf 10 Jahre abgeschlossen ist, so läuft er zunächst nur bis Anfang März 1895. Auch dann aber wird er nicht gelöst, wenn keine Kündigung von einer oder der anderen Seite erfolgt. Außerdem aber hat Deutschland noch mit einer ganzen Reihe von Staaten Weistbegünstigungsverträge. Es sind dies die argentinische Konföderation, Chile, Columbia, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Aegypten, Frankreich, Großbritannien, Guatemala, Hawaische Inseln, Honduras, Korea, Liberia, Madagaskar, Marokko, Mexiko, Niederlande, Paraguan, Persien, Salvador, Schweden-Norwegen, Südafrikanische Republik, (Transvaal), Türkei (auch Bulgarien und Osmannien), Vereinigte Staaten von Nordamerika, Jamaika. Dazu kommen die deutschen Bollausschüsse, deutschen Kolonien und deutschen Schutzgebiete.

Bei den Handelsverträgen dürfte es zum erstenmal vorgekommen sein, daß die Sozialdemokratie die Entscheidung für eine hochwichtige, von der Regierung vorgeschlagene Maßregel gegeben haben. Der Aufruf des Herrn Richter zu einer großen Ordnungspartei gegen die Agrarier war eine große Väterlichkeit, immerhin zeugt die damit bewährte Thatsache wieder einmal von der Seltsamen und unerprüflichen Verschiebung und Verwirrung unserer politischen Verhältnisse, namentlich soweit sie im Parlament zum Ausdruck kommen. Man kann es dem Reichskanzler Grafen Caprivi als einem Realpolitiker nicht verdenken, wenn er sagt: „Ich nehme die Mehrheiten, wo ich sie finde und Ihr auf der Rechten vermag mir ja keine zu bieten.“ Fürst Bismarck hätte unter zwingenden Umständen ohne Zweifel auch den „Acheron“ in Bewegung gesetzt, um das durchzubringen, was er für notwendig und nützlich hielt. Aber daß solche Erscheinungen auf gesunde Verhältnisse hinweisen und über einen augenblicklichen Erfolg hinaus Geltung und Bestand haben können, wird doch niemand behaupten wollen. Vollständig zutreffend bemerkt die „Nat.-lib. Korr.“: Man denke sich doch einmal, die Verträge wären, wie es bis zuletzt ernstlich befürchtet werden mußte, mit einer kleinen Mehrheit abgelehnt worden, und die Regierung hätte, was doch konsequent gewesen wäre, wenn sie nicht zurücktreten wollte, und was auch in den Reichstagsverhandlungen mehrfach als ernstliche Möglichkeit berührt wurde, die Entscheidung über die Fortführung ihrer Handelspolitik aufs neue vor das Volk gebracht. Da hätte sie ja wünschen und möglichst dazu beitragen müssen, daß recht viele Sozialdemokraten, Freisinnige aller Art, Polen und Centrumleute vom demokratischen Flügel in den Reichstag kommen. Man braucht das nur anzudeuten, um den ganzen Widerspruch eines solchen Vorgehens und die ganze Krankhaftigkeit der gegenwärtigen politischen Situation zu erkennen.

Ueber die weitere geschäftliche Verhandlung der Steuerentwürfe im Reichstage steht so viel fest, daß zunächst am 11. Januar, die erste Lesung der Tabaksteuer stattfindet, daran wird sich die erste Beratung der Weinsteuer anschließen und zuletzt der allgemeine Finanzreformplan folgen. Alle diese Vorlagen werden natürlich einer Kommissionsberatung unterzogen werden und zwar werden sie wahrscheinlich in dieselbe Kommission verwiesen, die bereits für die Stempelsteuer eingesetzt ist. Die Fraktionen würden sich dabei aber vorbehalten, je nach dem Gegenstand der Beratung Wechsel in ihre Vertretung vorzunehmen. Die Einsetzung einer einzigen Kommission droht allerdings die Beratungen noch stärker in die Länge zu ziehen, als die Verweisungen an mehrere Kommissionen, insofern wird für jene Maßnahme der innere Zusammenhang geltend gemacht. Auf alle Fälle wird man gefast sein müssen, daß noch Wochen und Monate bis zur vollen Erledigung der Angelegenheit vorübergehen.

Die Berurteilung der französischen Spione erfüllt das deutsche Volk mit Genugthuung. Vielsach aber empfindet man es unangenehm, daß der Gerichtshof nicht das härteste Strafmaß in Anwendung gebracht hat. Man will nicht verstehen, daß den französischen Spionen, deren Ermittlungen, wenn sie zugeht wären, in einem Kriege mit Frankreich möglicherweise für Tausende unserer braven Soldaten verhängnisvoll werden können, mildernde Umstände zugebilligt wurden, und meint, daß solche mäßige und nicht entehrende Strafen doch nur als Ansporn für weitere Spionage zu dienen geeignet seien. Die letztere Annahme geht zu weit, denn eine 6-, resp. 4jährige Freiheitsentziehung ist für einen lebensfrohen, jungen Kavallerieoffizier immer mehr eine Absreckung als ein Ansporn. Politisch wichtiger wäre es jedenfalls gewesen, auf Zuchthausstrafe zu erkennen und die Umwandlung dieser in Festungshaft einem Gnadenakt vorzubehalten. Das Gericht hat jedoch mit politischen Zweckmäßigkeitsgründen nichts zu schaffen und muß mildernde Umstände anerkennen, wenn solche vorliegen. Ein solcher ist aber zweifellos die Thatsache, daß die Angeklagten aus uneigennütigen Motiven gehandelt hatten. Wir glauben daher, daß sich das deutsche Volk gegenwärtig bei dem Urtheile des Reichsgerichts recht wohl beruhigen kann.

Zu dem vertraulichen Erlaß des Ministers des Innern über das Wachstum der Sozialdemokratie macht das Organ des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister und der Baugewerks-Berufsgenossenschaften, die „Baugewerkszeitung“, folgende beachtenswerthen Bemerkungen: „Wir stimmen dem Minister in seinen Ausführungen vollkommen zu, möchten denselben aber doch darauf aufmerksam machen, daß die Gesetzgebung leider allzuviel gefündigt und dem Anwachsen der Sozialdemokratie starken Vorschub geleistet hat. Nicht zum wenigsten ist unsere Gewerbeordnung von 1869 an dem Ausblühen der Sozialdemokratie mit schuld. Als sie den Meisterstand beseitigte, da zerstörte sie zugleich diejenigen Autoritäten im Lande, welche in ihren engen Kreisen von jeher als die beste Stütze für den Staat und Thron sich erwiesen hatten. Der Handwerksmeister war nie Sozialdemokrat und die von demselben abhängigen Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter wären es auch niemals geworden. Der Meisterstand hätte gestützt werden müssen, dann hätten wir keine Sozialdemokratie. Und jetzt, wie schon vor 24 Jahren, ist der einstimmige Wunsch des korporativen Handwerks: Schafft dem Handwerk den Meisterstand wieder! Und wieder verhält sich die Regierung ablehnend und erfüllt nicht den Wunsch des gesammten Handwerkerstandes, dem sie doch auch wohl ein gewisses Verständnis für die Verhältnisse am eigenen Herd zutrauen könnte!“

Gegen die Besteuerung der Frachtbriefe hat die Handelskammer in Lüdenscheid (Westfalen) an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der um Ablehnung der vorgeschlagenen Frachtbriefsteuer gebeten wird. Nach dem Entwurf sind sämtliche Frachtbriefe, aus denen sich ergibt, daß der Betrag der Fracht die Summe von einer Mark übersteigt, mit zehn Pfennige,

Frachtbriefe über Wagenladungen mit zwanzig Pfennig zu besteuern. Dazu wird bemerkt: „Diese Maßregel hat unverkennbar eine enorme Belastung der Kleinindustrie, die ihre Fabrikate fast ausnahmslos als Stückgut verfrachtet, gegenüber derjenigen der Großindustrie, die hauptsächlich Wagenladungen versendet, zur Folge. Die Großindustrie ist meist an den Hauptverkehrsleitungen ansässig und genießt damit schon eine Reihe von Frachtvorteilen, die der Kleinindustrie, die sich auch in den abgelegeneren Distrikten noch erhalten hat, abgehen. Die Reichsregierung hat sich wiederholt gegen eine weitere Zentralisirung des Verkehrs ausgesprochen, und kann einer solchen im allgemeinen volkswirtschaftlichem Interesse nicht energisch genug entgegengetreten werden. Man sollte darum jede einseitige Belastung der Kleinindustrie vermeiden. Die in Frage kommende Besteuerung, so unbedeutend sie mit einem Satz von 10 Pf. bei einer oberflächlichen Prüfung auch erscheinen mag, bedeutet für zahlreiche Betriebe eine ganz empfindliche Belastung. Nach uns vorliegenden Berichten macht sie für einzelne Fabrikanten unseres Bezirkes 900—1200 Mk. pro Jahr aus. Wir sind überzeugt, daß die gesammte deutsche Industrie, die ihre Waaren als Stückgut verfrachtet, gegen die Besteuerung der Frachtbriefe Protest erhebt, und bitten den hohen Reichstag um Ablehnung dieser Position des Gesetzesentwurfes.“

Es kann nunmehr als ausgemacht gelten, daß der spanischerseits angeregte Plan einer Bekämpfung des Anarchismus auf internationalem Wege ins Wasser gefallen ist. Sämtliche Regierungen, bei denen deshalb angelopft wurde, haben es abgelehnt, auf die Sache näher einzugehen, es wird demnach auch fernerhin jeder Staat auf seine Faust mit seinen Anarchisten fertig werden müssen, so recht und schlecht dies eben gehen will. Auch die freie Schweiz hat sich jetzt unter dem Drucke des jüngsten Donamitattentates zum Erlasse eines Ausnahmegesetzes gegen die Anarchisten veranlaßt gesehen, welches die Aufmunterung zu Verbrechen wider Personen, wie gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung, den Mißbrauch von Sprengstoffen u. s. w. mit schweren Strafen bedroht; der betreffende Entwurf liegt der Bundesversammlung bereits vor.

Zwischen Oesterreich und Frankreich droht ein Zollkrieg. Die österreichische Regierung soll seit entschlossen sein, die von Frankreich beanspruchte Begünstigung französischer Weine bei der Einfuhr in die österreichisch-ungarische Monarchie zurückzuweisen, selbst, wenn alsdann Frankreich mit der Kündigung des österreichischen Handelsvertrages drohen sollte. Eine solche Maßnahme der französischen Regierung ist allerdings sehr wahrscheinlich geworden, da Ministerpräsident Casimir-Perier in der Deputirtenkammer bei einer Erörterung der Weinzollfrage zwischen Frankreich und Oesterreich eine sehr energische Sprache gegen Oesterreich führte.

Paris, 20. Dezember. Durch Schneestürme wurden gestern in ganz Frankreich die Telegraphenlinien beschädigt, so daß eine erhebliche Verzögerung des Dienstes hierdurch eintrat.

Petersburg, 20. Dezember. Nachdem hier die Choleraepidemie in bedenklicher Zunahme begriffen ist, sind von den Behörden energische Maßregeln verfügt worden. Die Aerzte behaupten, die Krankheit sei durch Stockfisch, welcher aus verfaulenden Gegenständen eingeführt war und bei Gelegenheit des St. Georgsfestes genossen wurde, hervorgerufen.

Eisenbahnunglück. Aus Buffalo wird gemeldet, daß ein Personenzug der Western-New-York und Pennsylvaniaabahn bei Dunkirk durch die Hochbrücke stürzte; acht Personen wurden getödtet, mehrere verletzt. — Bei dem Unglück bei Louisville ist bisher konstatiert worden, daß 12 Personen getödtet wurden; viele Personen werden vermißt.

Vaterländisches.

Wilsdruff. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, soll das hiesige Elektrizitätswerk des Herrn G. Fischer sowie die damit in Verbindung stehenden Außenarbeiten soweit vorgeschritten sein, daß die an dasselbe angeschlossenen Privat-